

Niederschrift  
der 04. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe

Sitzungsdatum: Dienstag, den 09.03.2021  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 18:35 Uhr  
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Löwenscher Saal

**Anwesend:**

Vorsitzende/r

Herr Thoralf Pieper

stellv. Vorsitzende/r

Herr Marc Quintana Schmidt

Herr Detlef Lindner

Mitglieder

Herr Robert Gränert

Herr Mario Gutknecht

Herr Michael Liebeskind

Ab 17:05 Uhr

Herr Christian Meier

Herr Gerd Schlimper

Herr Klaus Winter

Protokollführer

Frau Madlen Zicker

von der Verwaltung

Frau Sigrun Adam

Herr Matthias Beckmann

Frau Steffi Behrendt

Frau Heike Benz

Frau Margit Berg

Frau Katrin Fischbeck

Herr Jan Gereit

Frau Liane Hahn

Frau Heike Jeziorski

Frau Andrea Jurk

Herr Andre Kobsch

Herr Stephan Latzko

Frau Sylvia Lieckfeldt

Herr Andreas Pagels

Herr Florian Peters

Frau Anne Pilgrim

Herr Wolfgang Spitz

Frau Gisela Steinfurt

Herr Heino Tanschus

Frau Heidi Waschki

## **Tagesordnung:**

- 1** Bestätigung der Tagesordnung  
  
Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe am 09.03.2021 unter TOP 4 Aktuelle Themen – Errichtung der Online-Terminvergabe in weiteren Ämtern der Hansestadt Stralsund  
  
Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe am 09.03.2021 um die Vorlage H 0046/2021 - Vergabe von Dienstleistung im Rahmen des Förderprojektes BioReg Stralsund  
Vorlage: AN 0044/2021
- 2** Bestätigung der Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe am 16.02.2021
- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
- 3.1** Annahme des Angebotes einer Zuwendung im Sinne des § 44 Abs. 4 Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V)  
Vorlage: B 0009/2021
- 3.2** Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Mitglieder in Wahlvorständen  
Vorlage: B 0013/2021
- 3.3** Annahme einer Sachspende an den Zoo Stralsund i.H.v. 1680,00 €  
Vorlage: B 0010/2021
- 3.4** Ehrenamtskarte MV - Geltungsbereich Musikschule  
Vorlage: B 0002/2021
- 3.5** Ehrenamtskarte MV: Änderung der Entgeltordnung der Stadtbibliothek Stralsund  
Vorlage: B 0004/2021
- 3.6** Ehrenamtskarte MV: Änderung der Entgeltordnung des Zoo Stralsund  
Vorlage: B 0093/2020
- 3.7** Annahme von Geldspenden an den Zoo in Höhe von insges. 2.050,00 €  
Vorlage: H 0003/2021
- 3.8** Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2021 der Hansestadt Stralsund  
Vorlage: B 0015/2021
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1** Information - Einführung einer Ehrenamtspauschale für die Freiwillige Feuerwehr

- 4.2 Weihnachtliche Beleuchtung der Seitenstraßen  
Einreicher: Ann Christin von Allwörden, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0018/2018
- 4.3 Information - Errichtung weiterer Online-Terminvergaben in Ämtern der HST
- 5 Verschiedenes
- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen und Vergabe sind 8 Mitglieder zu Beginn anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

#### **zu 1 Bestätigung der Tagesordnung**

Für die Tagesordnung liegen zwei Anträge auf Erweiterung der Tagesordnung vor. Die Dringlichkeit beider Angelegenheiten ist entsprechend begründet.

Herr Pieper stellt die Anträge zur Abstimmung:

Die Dringlichkeit zur Aufnahme der Angelegenheit Errichtung der Online-Terminvergabe in weiteren Ämtern der Hansestadt Stralsund ist gegeben.

Abstimmung: 9 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

Die Angelegenheit wird unter TOP 4.1 in die Tagesordnung aufgenommen

Die Dringlichkeit zur Aufnahme der Vorlage H 0046/2021 - Vergabe von Dienstleistung im Rahmen des Förderprojektes BioReg Stralsund ist gegeben.

Abstimmung: 9 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

Die Vorlage wird unter TOP 6.20 in die Tagesordnung aufgenommen.

Herr Pieper stellt abschließend die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses am 09.03.2021 mit den Ergänzungen zur Abstimmung.

Abstimmung: 9 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

#### **zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe am 16.02.2021**

Die Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe am 16.02.2021 wird ohne Änderungen/Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

**zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen**

**zu 3.1 Annahme des Angebotes einer Zuwendung im Sinne des § 44 Abs. 4 Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V)  
Vorlage: B 0009/2021**

Es gibt keine Fragen zur Vorlage.

Herr Pieper stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0009/2021 gemäß Beschlussempfehlung zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

**zu 3.2 Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Mitglieder in Wahlvorständen  
Vorlage: B 0013/2021**

Es gibt keine Fragen zur Vorlage.

Herr Pieper stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0013/2021 gemäß Beschlussempfehlung zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

**zu 3.3 Annahme einer Sachspende an den Zoo Stralsund i.H.v. 1680,00 €  
Vorlage: B 0010/2021**

Es gibt keine Fragen zur Vorlage.

Herr Pieper stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0010/2021 gemäß Beschlussempfehlung zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

**zu 3.4 Ehrenamtskarte MV - Geltungsbereich Musikschule  
Vorlage: B 0002/2021**

Frau Behrendt gibt für die Vorlagen unter TOP 3.4, 3.5 und 3.6 Einführungen. Mit der Einführung der Ehrenamtskarte im Lande MV besteht das Ansinnen, seitens der Hansestadt Angebote zu unterbreiten, die dem Anliegen der Wertschätzung der Karteninhaber entsprechen. Im Ergebnis der Beratungen innerhalb der Verwaltung liegen die Beschlussvorlagen als Empfehlung vor. Die entspricht auch dem in den Fachausschüssen entwickelten Tenor, als Kommune mit eigenen Angeboten die Landesehrenamtskarte zu unterstützen. Frau Behrendt weist darauf hin, dass weitere Vorlagen mit Angeboten in der nächsten Zeit folgen werden.

Auf Nachfrage von Herrn Quintana Schmidt, warum kein Angebot für den Besuch des OZE-ANEUM vorliegt, weist Frau Behrendt darauf hin, dass zunächst für den eigenen Bereich der Hansestadt Angebote geprüft worden sind. Bekannt ist aber, dass das OZEANEUM / Meeresmuseum bereits Partner der Ehrenamtskarte mit entsprechendem Angebot ist.

Zur Frage von Herrn Pieper bezüglich der Abrechnung der Leistungen erläutert Frau Behrendt, dass Mindereinnahmen erwartet werden. Diese sind entsprechend kalkuliert mit ca. 1 % der geplanten Einnahmen.

Es gibt keine weiteren Fragen zur Vorlage.

Herr Pieper stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0002/2021 gemäß Beschlussempfehlung zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

**zu 3.5      Ehrenamtskarte MV: Änderung der Entgeltordnung der Stadtbibliothek Stralsund  
Vorlage: B 0004/2021**

Es gibt keine Fragen zur Vorlage.

Herr Pieper stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0004/2021 gemäß Beschlussempfehlung zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

**zu 3.6      Ehrenamtskarte MV: Änderung der Entgeltordnung des Zoo Stralsund  
Vorlage: B 0093/2020**

Es gibt keine Fragen zur Vorlage.

Herr Pieper stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0093/2020 gemäß Beschlussempfehlung zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

**zu 3.7      Annahme von Geldspenden an den Zoo in Höhe von insges. 2.050,00 €  
Vorlage: H 0003/2021**

Es gibt keine Fragen zur Vorlage.

Herr Pieper stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss, die Vorlage H 0003/2021 gemäß Beschlussempfehlung zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

### **zu 3.8 Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2021 der Hansestadt Stralsund Vorlage: B 0015/2021**

Frau Steinfurt nimmt Bezug auf die einführenden Worte des Oberbürgermeisters zum Haushalt 2021 in der Bürgerschaft am 04.03.2021 und die dort gegebenen Vorstellungen in groben Zügen.

Frau Steinfurt verweist auf die vorliegenden Bände I bis III und merkt an, dass als Basis der Aufstellung der Orientierungserlass des Innenministeriums herangezogen wurde in Verbindung mit den Ergebnissen der Haushaltsführung 2020 und der Finanzplanung 2018 bis 2023. Neu berücksichtigt sind die Auswirkungen der Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung des Corona-Virus, speziell hinsichtlich der Entwicklung der Steuereinnahmen.

Im Hinblick auf die Umsetzung der Regelung des § 2 b des Umsatzsteuergesetzes ab 01.01.2023 besteht das Ziel, sämtliche verfahrenstechnische Auswertungen für den Bereich der Umsatzsteuer ausschließlich aus den Daten des Rechnungswesens abzubilden. Trotz des noch gegebenen Zeitfensters ist eine Umstellung der Kostenträger zur Abbildung steuerpflichtiger und nicht steuerpflichtiger Sachverhalte vorzunehmen gewesen, um im Bereich der Sportstätten diese Sachverhalte bereits 2021 entsprechend darzustellen. Im TH 10 sind daher 27 neue Leistungen mit den entsprechenden Sachkonten neu angelegt worden, gesplittet nach Schulsporteinrichtungen und den allgemeinen Sporteinrichtungen. Es wird auf Punkt 1.3 der Vorbemerkungen zum Haushalt hingewiesen.

Mit der Neubildung des Amtes 68 im Jahr 2020 ist ein neuer Teilhaushalt erforderlich, die Leistungen des Amtes sind in TH 17 aufgelistet.

Insgesamt wird der Hansestadt Stralsund wie im Vorjahr eine eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit bescheinigt. Gründe dafür sind unter anderem der nicht gegebene Ausgleich im Finanzhaushalt, die noch ausstehende Jahresabschlüsse sowie eine sonstige Verpflichtung als mögliche Belastung für den Haushalt gewertet wird.

Band I gibt den Kernhaushalt mit der Haushaltssatzung und dem Vorbericht wieder. Er enthält als Anlagen Darstellungen zu den Investitionen, zu den Auswirkungen durch die Corona-Pandemie, Verpflichtungsermächtigungen. Die Gliederung erfolgt entsprechend der Teilhaushalte. Bestandteil ist ebenso der Stellenplan.

Band II beinhaltet die bereits in der Sitzung der Bürgerschaft am 03.12.2020 beschlossenen Wirtschaftspläne der Unternehmen und Sondervermögen.

Band III beinhaltet das Städtebauliche Sondervermögen für die Gebiete Altstadtinsel, Grünhufe, Knieper West, Kleiner Wiesenweg und Tribseer Vorstadt. Das Gesamtvolumen der Aufwendungen umfasst 21,3 Mio. €. Dieses Volumen enthält den Eigenanteil der Hansestadt Stralsund als auch zusätzliche Eigenanteile und die Anteile nach den Städtebauförderrichtlinien in Höhe von 5,5 Mio. €.

Wesentliche Maßnahmen sind für den Bereich der Altstadtinsel das Projekt Hansakai, die Reiferbahn, Schützenbastion und das Stralsund Museum.

Das Städtebauliche Sondervermögen Grünhufe läuft zum Ende des Jahres 2021 aus, so dass keine Investitionen vorgesehen sind.

In Knieper West ist wesentliches Projekt die Juri-Gagarin-Schule. Für das Gebiet Kleiner Wiesenweg betrifft dies die Maßnahme Buswendeschleife und für die Tribseer Vorstadt die Maßnahmen Zuwegung Kupfermühle, Rückbau der ehem. Allende-Schule und Schulhof Burmeister-Schule.

In einem Rückblick auf das Jahr 2020 erinnert Frau Steinfurt an die späte Beschlussfassung im April, Auswirkungen durch die Corona-Pandemie und den Änderungsbeschluss im Mai. Die Genehmigung des Haushaltes 2020 erfolgte damit erst am 03.07.2020. Die genehmi-

gungspflichtigen Teile sind genehmigt worden bis auf Teile der Investitionskredite. Mit dem 13.07.2020 ist die Rechtskraft des Haushaltes 2020 eingetreten.

Die Haushaltsdurchführung war insbesondere neben den originären Aufgaben durch die Auswirkungen der Pandemie geprägt. Im Zuge der Haushaltsdurchführung wurden Mittelsperren verfügt, Ausfälle im Bereich der Gewerbesteuer wurden durch Mittel des Bundes und des Landes in Höhe von 3,7 Mio. € kompensiert. Die Kreditaufnahme für Investitionen war aufgrund des Mittelabflusses im Investitionshaushalt in Verbindung mit den liquiden Mitteln nicht erforderlich. Die vorläufige Finanzrechnung weist als Saldo ein Plus von 9,4 Mio. € auf, wobei bei Abrechnung der planmäßigen Tilgung effektiv 6,2 Mio. € verbleiben.

Der Haushalt ist nach den vorläufigen Ergebnissen nicht nur jahresbezogen ausgeglichen, sondern per 31.12.2020 besteht nach den vorläufigen Finanzrechnungsergebnissen ab 2015 ein kumulierter positiver Saldo. Erreicht wurde dieses Ergebnis u. a. durch Kompensationszahlungen von Bund und Land, durch Mittelsperren, durch Einsparungen im Personalkostenbereich sowie durch geringere Aufwendungen im Bereich der Sach- und Dienstleistungen. Vielfach sind Maßnahmen verschoben in das Jahr 2021, so dass es effektiv keine eingesparten Mittel seien.

Der Haushalt 2021 weist Erträge in Höhe von 124,1 Mio. € auf, dem gegenüber stehen Aufwendungen in Höhe von 126,2 Mio. €. Die bestehende Differenz von 2,1 Mio. € wird durch Entnahme aus der Rücklage ausgeglichen, womit der Ergebnishaushalt ausgeglichen dargestellt wird.

Im Finanzhaushalt sind laufende Einzahlungen von 114,5 Mio. € berücksichtigt. Die laufenden Auszahlungen betragen 115,7 Mio. €, wobei hierin bereits Tilgungsleistungen in Höhe von 3,4 Mio. € berücksichtigt sind. Entsprechend ergibt sich ein jahresbezogener Saldo von 1,2 Mio. €, hauptsächlich resultierend durch die Auswirkungen der Pandemie. Frau Steinfurt geht davon aus, dass in den Folgejahren der Haushaltausgleich wieder dargestellt wird.

Im investiven Bereich sind Auszahlungen in Höhe von 50 Mio. € geplant mit einer daraus erforderlichen Kreditfinanzierung in Höhe von 20,2 Mio. €.

Das Volumen der Erträge wird gesamt mit 124,1 Mio. € ausgewiesen, hauptsächlich gespeist durch Steuereinnahmen mit einem Anteil von 36,8 % (45,6 Mio. €) und der Zuwendungen mit einem Anteil von ca. 40 % (48,9 Mio. €). Berücksichtigt sind zudem öffentlich-rechtliche Entgelte aus Verwaltungsgebühren sowie privatrechtliche Entgelte aus Eintrittsgeldern, Mieten und Pachten, Zuführungen aus den Unternehmen oder Kostenerstattungen.

Hinsichtlich der Steuerentwicklung geht Frau Steinfurt auf die vorläufigen Ergebnisse des Jahres 2019, den Planansatz 2020 und die Planungen für das Jahr 2021 ein. Bei der Grundsteuer sind keine Änderungen zu erwarten, bei der Gewerbesteuer sind deutliche Anpassungen sichtbar, was auch den geringeren Ansatz für 2021 begründet. Anpassungen sind ebenso bei der Vergnügungssteuer erforderlich. Bei dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer wurde planungsmäßig dem Einnahmegergebnis 2020 Rechnung getragen.

Die Zuwendungen resultieren hauptsächlich aus den Schlüsselzuweisungen des Landes mit 32,6 Mio. €, geplant sind zudem Konsolidierungshilfen aus der Vereinbarung mit dem Land, die als Restzahlungen ausgekehrt werden, sofern weitere Jahresabschlüsse durch die Hansestadt Stralsund festgestellt werden.

Die sonstigen allgemeinen Zuweisungen enthalten Kompensationszahlungen aufgrund Gewerbesteuermindereinnahmen, die das Land mit einem Gesamtvolumen für die Gemeinden in Höhe von 67 Mio. € zur Verfügung stellt. Hinzu kommen Zuweisungen für die Aufgaben des übertragenen Wirkungsbereiches in Höhe von 4,1 Mio. €.

Die Aufwendungen ergeben sich zum überwiegenden Teil aus den Personalaufwendungen mit einem Volumen von 33,4 Mio. € und den Zuwendungen in Höhe von 46,1 Mio. €. Die Aufwendungen insgesamt belaufen sich auf 126,2 Mio. €.

Bei den Personalaufwendungen sind trotz Tarifanpassungen keine nennenswerten Steigerungen sichtbar.

Die Sach- und Dienstleistungen betragen 18,9 Mio. € und sind aufgrund der Vielfalt in 900 Untersachkonten aufgeführt. Im vorläufigen Ergebnis 2019 werden für diesen Bereich 16,2 Mio. € als beansprucht ausgewiesen, in 2020 sind es 16,5 Mio. €. Der Planentwurf 2021 wurde höher angesetzt, nähere Erläuterungen finden sich auf Seite 49 des Vorberichtes.

Als wesentliche Zuwendungen benennt Frau Steinfurt die Kreisumlage, die ein Volumen von 61 % einnimmt, aber auch weitere Zuwendungen, wie die Gewerbesteuerumlage und Zuwendungen an Außenstehende. Hierzu zählen die Stadtteilarbeit mit 200 T € und neu Zuwendungen an die SWG GmbH in Höhe von 200 T €, die durchgereicht werden und auf einem Antrag der Hansestadt Stralsund zur Ablösung von Altverbindlichkeiten für die kommunale Wohnungswirtschaft basieren. Mittel sind auch für das Seniorenticket in Höhe von 1,15 Mio. € berücksichtigt. Berücksichtigt sind weiterhin Zuwendungen für das Meeresmuseum, das Theater Vorpommern oder für die Finanzierung der Wohnsitzanteile nach dem KiFöG. Zur Kreisumlage verdeutlicht Frau Steinfurt, dass der Satz in 2019 43,35 % und damit 25,13 Mio. € betrug. In 2020 wurden 26,5 Mio. € bei einem Umlagesatz von 41,24 % geplant, für 2021 ist der Umlagesatz unverändert bei 41,24 % geblieben. Das Volumen ist jedoch auf 28,27 Mio. € angewachsen, was aus der Erhöhung der Umlagegrundlagen resultiert. Grundlage der Berechnung ist das Jahr 2019 mit einem guten Einnahmeergebnis steuerseitig, dazu zählen auch Schlüsselzuweisungen aus dem aktuellen Haushalt, was die entsprechende Kennzahl ausmacht und den höheren Betrag ergibt. Zu berücksichtigen ist hier auch die Novellierung des FAG.

Die freiwilligen Leistungen sind weiterhin auf einem hohen Niveau berücksichtigt mit einem Gesamtvolumen von 16,7 Mio. € und entsprechen einem Anteil von 13,26 % der Aufwendungen. Eine konkrete Untersetzung der freiwilligen Leistungen sind den Seiten 75 und 76 des Vorberichtes zu entnehmen.

Mit Blick auf die Entwicklung der Jahresergebnisse verdeutlicht Frau Steinfurt, dass zunächst negative Ergebnisse auszuweisen sind, sich aber allmählich eine positive Tendenz abzeichnet. Zu den Eckdaten der Finanzrechnung verweist Frau Steinfurt zudem auf Seite 61 des Vorberichtes.

Bezüglich bestehender Forderungen erläutert Frau Steinfurt, dass in 2011 ein Schuldenstand von 109 Mio. € aus Investitionskrediten ausgewiesen wurde, der stetig abgebaut werden konnte. Das Zinsniveau hat sich seitdem erheblich verändert, so dass aufgrund des Niedrigzinsniveaus und Umschuldungen die Aufwendungen von 4,45 Mio. € auf 1,23 Mio. € reduziert wurden. Auf die Aufnahme von Krediten wurde bislang verzichtet, zur Umsetzung der geplanten Investitionsvorhaben muss von diesem Weg jedoch abgewichen werden. Frau Steinfurt geht detailliert auf die geplanten Investitionen ein, Schwerpunkte sind Kupfermühle, Sundpromenade, Fahrzeuganschaffungen, Hansakai, Reiferbahn, Schützenbastion, Schulen oder der Ausbau der Digitalisierung.

Abschließend geht Frau Steinfurt auf die Planstellenübersicht und die sich zu den Vorjahren ergebenden Änderungen ein. Zusätzliche Stellen sind in den Bereichen Gemeindebesteuerung, Klimaschutz, Schulverwaltung, Sport, Gebäudemanagement und Reinigungsdienst vorgesehen.

Insgesamt gibt Frau Steinfurt den Ausblick, dass der Haushalt geprägt ist von den Chancen, die in der Fortschreitung der Digitalisierung oder der Steigerung der Attraktivität der Stadt mit dem verbundenen Einwohnerzuwachs gesehen werden.

Dem gegenüber stehen Risiken, die insbesondere mit der Corona-Pandemie verbunden sind.

Herr Pieper dankt für die ausführlichen Aussagen und stellt den Haushalt zur ersten Diskussion.

Herr Winter merkt an, dass durch die Hansestadt Stralsund in großem Umfang freiwillige soziale Leistungen erbracht wurden und werden, Er regt in diesem Zusammenhang den Wiederbeitritt zum Deutschen Städte- und Gemeindetag an, vor allem in Hinblick auf die Bewältigung der genannten Risiken.

Er fragt, ob die Vorlage einer Haushaltsverlaufsstatistik in Bezug auf die Haushaltsdurchführung möglich ist bzw. ob dies sinnvoll erscheint. Abschließend stellt er die Frage, ob der vorgesehene Ankauf von Grundstücken der Werft unbebaute oder bebaute Flächen betrifft.

Frau Steinfurt nimmt die Anregung zum Beitritt in den Deutschen Städte- und Gemeindetag zur Prüfung mit, sie weist aber darauf hin, dass die Hansestadt Stralsund über die Mitgliedschaft im Städte- und Gemeindetag MV sich ausreichend vertreten und unterstützt sieht. Zum angesprochenen Haushaltsvergleich verweist Frau Steinfurt auf die Finanzanalysen, die dem Finanzausschuss quartalsweise vorgelegt werden. Eine Veränderung auch zukünftig ist nicht vorgesehen.

Auf die Frage die Grundstücke der Werft betreffend kann Frau Steinfurt keine konkreteren Aussagen treffen und lediglich auf die im Haushalt veranschlagten Mittel verweisen.

Herr Quintana Schmidt erfragt zum Haushalt 2020 und der vorgenommenen Ergänzung um 60 T € als Unterstützung für die Vereine deren Inanspruchnahme. Frau Steinfurt ist der Meinung, dass die Mittel nicht vollständig in Anspruch genommen worden sind. Frau Behrendt bestätigt, dass Restmittel vorhanden sind. Konkrete Aussagen hierzu kann das Amt 70 tätigen.

Herr Pieper bittet für den Ausschuss, eine konkrete Auskunft in der nächsten Sitzung zu erhalten.

Die Mitglieder des Ausschusses einigen sich auf die nachstehende Aufteilung:

Teilhaushalt 01 Verwaltungssteuerung	Herr Winter
Teilhaushalt 02 Zentrale Dienste	Herr Liebeskind
Teilhaushalt 03 IT-Abteilung	Herr Pieper
Teilhaushalt 06 Wirtschaftsförderung	Herr Schlimper
Teilhaushalt 07 Soziale Hilfen	Herr Quintana Schmidt
Teilhaushalt 08 Kinder-und Jugendförderung	Herr Quintana Schmidt
Teilhaushalt 09 Kulturelle Einrichtungen	Herr Quintana Schmidt
Teilhaushalt 10 Schulverwaltung und Sport	Herr Lindner
Teilhaushalt 11 Liegenschaften	Herr Meier
Teilhaushalt 12 Kämmereiamt	Herr Meier
Teilhaushalt 13 Ordnungsamt	Herr Gutknecht
Teilhaushalt 14 Planung, Denkmalpflege und Bauaufsicht	Herr Lindner
Teilhaushalt 15 Straßen- und Stadtgrün	Herr Grähnert

Teilhaushalt 16 Zentrales Gebäudemanagement	Herr Liebeskind
Teilhaushalt 17 Amt für stadtwirtschaftliche Dienste	Herr Grähnert
Teilhaushalt 90 Zentrale Finanzdienstleistungen	Herr Pieper
Stellenplan 2021	Herr Winter

Herr Pieper stellt abschließend den Antrag auf Verweisung der Vorlage in die Fraktionen und die abschließende Beratung in der Sitzung am 13.04.2021 zur Abstimmung:

Abstimmung: 9 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

#### **zu 4      Beratung zu aktuellen Themen**

##### **zu 4.1      Information - Einführung einer Ehrenamtszuschale für die Freiwillige Feuerwehr**

Herr Tanschus erinnert an den Beschluss der Bürgerschaft vom März 2020, zu dem das Prüfergebnis nunmehr zur Kenntnis gegeben wird.

Dem Prüfauftrag vorangegangen ist ein Beschluss im Januar 2020 zur Einführung der Satzung über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen an Angehörige der freiwilligen Feuerwehr der Hansestadt Stralsund. Die Satzung regelt Aufwandsentschädigungen für Funktionsträger sowie die pauschale Entschädigung für die Teilnahme an Einsätzen.

Das Bestreben zur Stärkung des Ehrenamtes wird grundsätzlich begrüßt, jedoch wäre als Prüfergebnis mitzuteilen, dass mit Blick auf diese Satzung keine hinausgehenden Entschädigungen möglich sind.

Die Sicherstellung des Brandschutzes ist eine gemeindliche Pflichtaufgabe und wird in der Hansestadt Stralsund durch die Berufsfeuerwehr und durch die Freiwillige Feuerwehr wahrgenommen.

Die Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr üben die Tätigkeit im Ehrenamt aus, was neben dem vorhandenen Engagement eine entsprechende Motivation und zudem Nachwuchsarbeit bedingt. Zu bedenken sind die besonderen Anforderungen, für die Ausübung dieses Ehrenamtes Familie, Beruf und Freizeit in Einklang zu bringen.

Herr Tanschus erläutert, dass derzeit eine gute Basis gegeben ist, was Personalstärke und Durchschnittsalter betrifft. Die Beibehaltung dieses Status erfordert aus Sicht von Herrn Tanschus, entsprechende Angebote zu unterbreiten, die das Ehrenamt attraktiv machen.

Nach Rücksprache mit dem Wehrvorstand und der Verwaltung werden 17 Maßnahmen in diesem Kontext vorgeschlagen. Dazu zählen unter anderem die Ausweitung der Sporthallenzeiten, die Möglichkeit der Würdigung langjähriger Tätigkeiten mit Jubiläumsprämien entsprechend einer noch zu beschließenden Satzung, die Durchführung einer Dankesfeier, gezielte Mitgliederakquise, die Kostenübernahme von Trainingsprogrammen, die Ausweitung der Öffentlichkeitsarbeit oder ein Anspruch auf die Landesehrenamtskarte für die Kameradinnen und Kameraden.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen das Ergebnis der vorgenommenen Prüfung zur Kenntnis. Herr Pieper dankt für die Ausführungen und schließt den Tagesordnungspunkt.

**zu 4.2      Weihnachtliche Beleuchtung der Seitenstraßen**  
**Einreicher: Ann Christin von Allwörden, CDU/FDP-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0018/2018**

Frau Waschki stellt den aktuellen Stand wie folgt dar. Geprüft wurden 20 mögliche Standorte, somit sind 40 Gebäude in der Heilgeiststraße betroffen. Nach Kontaktaufnahme mit den Eigentümern und Darstellung des Vorhabens liegen für 12 Standorte die festen Zusagen vor, von zwei bis drei weiteren kann noch ausgegangen werden.

Als hinderlich für die Umsetzung zeigt sich die Corona-Pandemie, da Eigentümerversammlungen und entsprechende Abstimmungen zum Vorhaben häufig nicht stattfinden können.

Frau Waschki erläutert, dass die notwendigen Haushaltsmittel eingeplant sind und im besten Falle zu Weihnachten 2021 die Beleuchtung entsprechend der Zusagen umgesetzt werden kann.

Herr Pieper dank für die Ausführungen. Der Präsident der Bürgerschaft wird über das Ergebnis informiert.

**zu 4.3      Information - Errichtung weiterer Online-Terminvergaben in Ämtern der HST**

Herr Tanschus nimmt Bezug auf den Beschluss der Bürgerschaft, weitere bedarfsgerechte Online-Terminvergaben einzurichten. Das Prüfergebnis, das bereits dem Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung vorgestellt worden ist, lautet wie folgt:

Derzeit erfolgen Terminvergaben per Telefon bzw. via Email. Eine Rückkopplung ist insofern nur zu den regulären Sprech- bzw. Bürozeiten gegeben. Für die Bereiche Meldewesen und Kfz-Zulassung wurde eine Online-Terminvergabe eingerichtet, dort können grundsätzlich bis zu einer Woche im Voraus Termine gebucht werden. Dieser Service steht täglich 24 Stunden zur Verfügung. Die Terminvergabe war eine Maßnahme im Zuge der Eindämmung der Corona-Pandemie, nach anfänglichen Schwierigkeiten und der Umstellung einiger Prozesse sind die Erfahrungen und Rückmeldungen positiv. Mit dem Verfahren sind die Wartezeiten reduziert und die Zahl der bearbeiteten Fälle konnte gesteigert werden.

Zur Vorbereitung der Prüfung der Ausweitung der Online-Terminvergabe wurden die Bedarfe der Ämter abgefragt. Hauptaussage ist zunächst, dass dort, wo es möglich und angebracht ist, die Bearbeitung der Anliegen digital erfolgt und dies für die Zukunft beibehalten werden soll. Terminvergaben sind also nur dort erforderlich, wo die persönliche Anwesenheit notwendig bzw. von den Beteiligten ausdrücklich gewünscht ist. Insofern bietet die Online-Terminvergabe für den Bürger als auch für die Verwaltung Vorteile, was die Einrichtung in weiteren Bereichen als sinnvoll erscheinen lässt.

Für die Prüfung wurden die Parameter Höhe des Besucheraufkommens und Wartezeit bewertet. Im Ergebnis wird Bedarf für die Abteilung Steuern, die Bereiche Führerscheinstelle und Standesamt, den Bereich Verkehrsbehörde und für die Bereiche Wohngeldstelle und Schulverwaltung gesehen. Die Einrichtung der Online-Terminvergabe wird so erfolgen, dass bei weiterem Bedarf eine Ergänzung problemlos möglich ist.

Die finanzielle Auswirkung beziffert Herr Tanschus mit ca. 3.400,00 € als Investition für die Softwarelizenzen und Technik und einmalige Kosten für die Installation und Inbetriebnahme in Höhe von ca. 1400,00 € sowie laufende Kosten in Höhe von ca. 1400,00 € / Jahr. Mit Blick auf den relativ geringen Kostenaufwand im Verhältnis zum Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger wurde der Auftrag bereits vorbereitet.

Es gibt keine Nachfragen. Herr Pieper bedankt sich für die Informationen und schließt den Tagesordnungspunkt.

**zu 5        Verschiedenes**

Die Ausschussmitglieder haben keinen Redebedarf im öffentlichen Teil der Sitzung.

**zu 9        Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen  
              aus dem nichtöffentlichen Teil**

Her Pieper stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass die Vorlagen H 0019/2021, H 0138/2020, H 0096/2020, H 0007/2021, H 0017/2021, H 0010/2021, H 0021/2021, H 0073/2020, H 0013/2021, H 0033/2021, H 0020/2021, H 0024/2021, H 0026/2021, H 0027/2021, H 0028/2021, H 0029/2021, H 0030/2021, H 0032/2021 sowie H 0046/2021 dem Hauptausschuss gemäß Beschlussvorschlag zur Beschlussfassung empfohlen werden. Die Vorlage B 0016/2021 wird der Bürgerschaft gemäß Beschlussvorschlag zur Beschlussfassung empfohlen.

gez. Thoralf Pieper  
Vorsitzender

gez. Madlen Zicker  
Protokollführung